

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 16. Dezember 2022, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Martin Allemann Peter Aegerter, Natalie Althaus, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Franziska Eggenberg, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger, Susanne Gygax-Wymann, Thomas Hiltbold, Alwin Hostettler, Daniela Huber Notter, Reto Kestenholz, Christine Klopfenstein, Alice Kropf, Thomas Lanz, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Manfred Locher, Michelle Marbach, Marianna Oesch Bartlome, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Daniel Waldspurger, Cloe Weber, Simon Werren
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch und Andrea de Meuron, Gemeinderäte Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Sekretariat	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller Protokollantin Tanja Aebersold
Entschuldigt	Stadträte Thomas Bieri und Ronald Wyss, Stadträtinnen Manon Jaccard und Nicole Krenger
Schluss der Sitzung	19:15 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zu seiner letzten Stadtratssitzung als Stadtratspräsident. Er verlässt sein Amt mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Es war ein schönes Jahr, das schnell vergangen ist. Manchmal war es aber auch anstrengend, womit er auch froh ist, dass das Jahr vorüber ist.

Die Traktandenliste wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

Adrian Christen, **Fraktion SP**, führt in einer Fraktionserklärung als Replik auf die Fraktionserklärung der SVP-Fraktion vom Vortag aus, dass die SP eine neue Bundesrätin hat und die SVP einen neuen Bundesrat. Auch für die SVP freut er sich. Er dankt dem Stadtratspräsidenten im Namen seiner Fraktion und wohl auch vom ganzen Stadtrat für seinen Einsatz und dass er das Ortopolizeireglement gestern durchgebracht hat.

127. **Postulat P 18/2022 betreffend Förderung der Biodiversität bei Verkehrsprojekten, Gebäudesanierungen und Areal-Entwicklungen**

Franz Schori (SP), Marc Barben (Grüne), Valentin Borter (SVP), Nicolas Glauser (glp) und Nicole Krenger (glp) vom 16. Juni 2022; Beantwortung

Franz Schori, **Fraktion SP**, ist der Meinung, dass mit dem Stadtentwicklungskonzept 2035 eine gute Grundlage gelegt worden ist. Weitere gute Grundlagen wurden mit der Ortsplanungsrevision beschlossen. Es ist erfreulich, dass das einstimmig überwiesene Postulat vom Jahr 2018 betreffend Steigerung der Biodiversität in Thun Schritt für Schritt umgesetzt wird. Bei der täglichen Umsetzung ist die Stadt auf gut ausgebildete Menschen angewiesen. Investitionen in Weiterbildungen sind gut eingesetztes Geld. Das beschlossene Schaffen einer Projektleitungsstelle mit der Kompetenz Biodiversität folgt dieser Logik und ist begrüssenswert. Er ist gespannt, welche konkreten Verbesserungen, Absichtserklärungen und der Reiseführer Innenstadt zur Folge haben werden. Diesem wichtigen Grundlagendokument ist seines Erachtens bisher nicht das notwendige Gewicht beigemessen worden. Der Reiseführer Innenstadt soll zu einem Legislaturziel erklärt werden. Er hofft, dass das Biodiversitätskonzept ein Kapitel enthalten wird, das Standorte definiert, wo Bäume alt werden können, so dass sie einen Nutzen für die Biodiversität und das Stadtbild und -klima entfalten können. Schön ist, dass in der Antwort des Gemeinderates die Schwammstadt erwähnt ist, wobei der Untergrund Wasser speichern kann, damit auch die Kanalisation entlastet werden kann. Die Fraktion nimmt das Postulat an und ist mit der Abschreibung einverstanden, wenn nicht gute Gründe gegen eine Abschreibung genannt werden.

Valentin Borter, **Fraktion SVP**, setzt sich für Klimaschutz und Biodiversität ein. Die Stadt kann und soll als Vorbild voraus gehen. Zwingend ist, dass man nicht mit Verboten, sondern mit Anreizen arbeitet. Augenmass ist wichtig, da Zielkonflikte entstehen können. Damit man die verschiedenen Interessen möglichst gut befriedigen kann, braucht man vernünftige Sachpolitik. Das Thema muss auf allen politischen Ebenen diskutiert und angegangen werden. Die Bevölkerung soll sensibilisiert werden. Der Grat zwischen Sensibilisierung und Bevormundung ist schmal. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Simon Werren, **Fraktion Die Mitte**, ist der Ansicht, dass die Stadt bereits heute einiges macht, um die Biodiversität zu fördern. Dies kostet etwas. Es ist begrüssenswert, wenn ein Biodiversitätskonzept erstellt wird. Gut ist, wenn noch etwas dabei herauskommt. Es ist wichtig, dass die Unterhaltungsgruppen von Stadtgrün mit der Materie vertraut sind und entsprechend geschult werden. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne/JG**, findet es erfreulich, wie in Thun mit dem Thema Biodiversität auf konzeptioneller und praxisbezogener Ebene umgegangen wird. Die Biodiversität ist für die gesellschaftliche Entwicklung unverzichtbar. Es geht beispielsweise um die Bereitstellung von Trinkwasser und den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit. Es geht aber nicht nur darum, die Biodiversität als Grundversorgung für

die menschlichen Bedürfnisse zu erhalten, sondern es stellt eine ethische Verpflichtung des Menschen dar, ihren Wert als solches anzuerkennen. Es gilt, artenreiche Lebensräume zu schaffen und zu schützen. Im urbanen Raum ist es wichtig, dem Druck der Zersiedelung Stand zu halten. Der grosse Hebel liegt ausserhalb des urbanen Raumes. Aufgrund der dramatischen Situation braucht es jede Massnahme. Mit vielen kleinen Massnahmen kann auch eine grosse Wirkung entfaltet werden. Die Stossrichtung stimmt und die Aufgabe ist erledigt. Die Fraktion wird das Postulat einstimmig annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Franziska Eggenberg, **Fraktion glp/EVP/EDU**, sieht, dass die Stadt mit der Förderung von Biodiversität in die richtige Richtung geht. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) sieht, dass auf verschiedenen Ebenen einiges in diese Richtung unternommen wird. Es wird eine Biodiversitätsstrategie erarbeitet. Der Gemeinderat erwähnt, dass die Mitarbeitenden bereits in mehreren Kursen weitergebildet worden sind. Die Frage ist, wieso weitere 80 Stellenprozente geschaffen werden. Die FDP nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Thomas Hiltbold (Grüne) hat eine Frage zur Kiesgrube Buchholz. Bis heute wartet er, dass die Kiesgrube Buchholz weiterbehandelt wird. Er ist gespannt, was Gemeinderat Konrad Hädener hier geplant hat.

Gemeinderat Konrad Hädener führt aus, dass die Kiesgrube Buchholz viel Potential für Biodiversität hat. Dort sind aber auch 100 Tonnen Pflastersteine gelagert. Man sucht nach einer Lösung, was man damit machen soll. Die Grube soll renaturiert werden. Ein Entscheid des Regierungsstatthalteramts wird erwartet.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

128. Interpellation I 8/2022 betreffend nachhaltige Ernährung

Fraktion Grüne/JG vom 16. Juni 2022; Beantwortung

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, teilt mit, dass die Interpellantin teilweise befriedigt ist und die Diskussion wünscht.

Der Rat genehmigt die Diskussion.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, führt aus, dass die Reduktion des Fleischkonsums die Gesundheit der Menschen verbessert, Umweltfolgen reduziert und die Artenvielfalt schützt. Wenn die Menschheit nicht weniger Fleisch isst, werden die Lebensmittel noch knapper, während die Bedingungen für den Anbau schwieriger werden. Schwächen konnten mit der Antwort des Gemeinderates erkannt werden. Es ist aber nicht viel Neues erwähnt. Einige Fragen konnten nicht schlüssig beantwortet werden. Es wurde nicht genügend Stellung dazu genommen, ob in den Tagesschulen nicht ein nachhaltigeres Angebot gemacht werden könnte. Das Angebot soll erweitert werden. Es geht nicht um eine Bevormundung. Tierische Produkte können noch immer konsumiert werden, im Rahmen der Stadt könnte man das Angebot aber reduzieren. Zwei bis drei Portionen Fleisch pro Woche genügen. Die Situation ist auch durch die Augen eines Tieres zu sehen. Der allgemeine Fleischkonsum ist leider gestiegen im letzten Jahr. Umweltverbände und der Bund empfehlen, den Fleischkonsum um zwei Drittel zu reduzieren. Es ist unklar, ob es auf fehlende Sensibilisierung oder fehlenden Willen zurückzuführen ist. Mehr reichhaltige Menüs auf pflanzlicher Basis und fleischlose Ernährung in der Tagesschule sind ein sinnvoller Weg. Die jetzigen Vorgaben werden sehr ausgereizt. Egal wie kurz eine Schulwoche ist, es wird immer zwei Mal pro Woche

Fleisch serviert. Dies ist nicht notwendig, wie auch in anderen Städten ersichtlich ist. Betreffend Frage 7 bezüglich Grundsätze in der Beschaffung ist die Fraktion nicht einverstanden. Eine gesunde Ernährung ist auch ohne Konsumation von tierischen Produkten möglich. Das Label Fourchette verte scheint nicht ambitioniert, wenn es um Nachhaltigkeit gibt. Zur Logistik von Thun gibt es lange Transportwege und in Einwegplastik verpacktes, vorgekochtes Essen. Dies soll bei der nächsten Ausschreibung beachtet werden. Bei einigen Apéros gab es keine pflanzlichen Häppchen. Auch eine klare Kennzeichnung ist notwendig. Die Allgemeinheit könnte durch die Reduktion des Fleischkonsums viele (Gesundheits-)kosten sparen.

Marianna Oesch Bartlome, **Fraktion SP**, sagt, dass die Ernährung grosse Auswirkung auf die Gesundheit und das Klima hat. Aperos und Snacks der Stadt Thun sollen flächendeckend nachhaltig sein und es sollen weniger tierische Produkte angeboten werden. Begrüssenswert ist, dass Tagesschulen nach Vorgaben des Labels Fourchette verte bedient werden. Sie macht auf die Berner-Biooffensive des Kantons aufmerksam. Dies soll bei den Möglichkeiten der künftigen Leistungsverträge berücksichtigt werden.

Susanne Gyga, **Fraktion glp/EVP/EDU**, ist der Ansicht, dass das Thema auf dem politischen Parket noch in den Kinderschuhen steckt. Alle beschäftigen sich täglich mit der Ernährung. Kinder essen auch zu Hause nicht immer problemlos. Essen ist aber nicht nur Privatsache. Die gesamte Bevölkerung muss informiert werden. Information in der Schule ist sehr wichtig. Die Stadt Thun kann mit nachhaltigen Lebensmitteln bei den Mahlzeiten in den Kitas und Kindertagesstätten sowie Apéros auftrumpfen. Man soll nicht ideologisch werden. Der Genuss soll im Vordergrund stehen. Es gibt schon genügend Jugendliche mit Essstörungen. Die politische Unterstützung macht aber Sinn und ist ein wichtiger Faktor. Man muss sich aber bewusst sein, dass die Koordination von Aktivitäten und die partizipative Erarbeitung Kosten und Ressourcen benötigen. Man soll Schritt für Schritt vorwärts gehen.

Alois Studerus, **Fraktion Die Mitte**, hält fest, dass gesunde Ernährung nicht nachhaltige Ernährung bedeutet. Fleisch kann auch gesund sein. Wenn man viel oder nur noch Fleisch hat, ist dies nicht gesund. Eine gewisse Sensibilisierung ist wichtig. Die Stadt zeigt auf, dass sie einiges unternimmt.

Valentin Bortler, **Fraktion SVP**, schaut, dass er möglichst Schweizer Produkte kauft. Dafür braucht er keine Interpellation.

Claude Schlapbach (FDP) ist mit der umfangreichen Antwort des Gemeinderates zufrieden. Der Begriff Nachhaltigkeit soll für jede Ernährungsform angewendet werden. Wichtig ist, dass das Bewusstsein über die Herkunft unseres Essens verstärkt wird. Eine ausgewogene Ernährung für Kinder ist nicht vegetarisch oder vegan.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, führt aus, dass man Kinder gesund vegan ernähren kann. Man soll es Leuten einfacher machen, die sich für diese Thematik einsetzen, da es nicht immer einfach ist. Die Voraussetzungen sollen geschaffen werden, dass Leute Neues ausprobieren können.

Gemeinderätin Andrea de Meuron erläutert, dass im Bereich Tagesschulen das Angebot via Ausschreibung vergeben wird. Das öffentliche Beschaffungsrecht wurde revidiert. Es gilt nicht mehr der Preis sondern der Qualitätswettbewerb. Damit kann die Nachhaltigkeit besser berücksichtigt werden. Man ist gefordert, gute Anreize zu setzen. Das Bewusstsein ist noch nicht dort, wo es sein sollte. Essen soll aber auch etwas Genussvolles bleiben.

129. Postulat P 25/2022 betreffend Poller in der Innenstadt und Erweiterung der Fussgänger:innenzone

Alice Kropf (SP), Fraktion SP und Fraktion glp/EVP/EDU vom 7. Juli 2022; Beantwortung

Alice Kropf, **Fraktion SP**, ist von der Antwort des Gemeinderats überzeugt. Sie hofft einzig, dass das Potential gemäss dieser Antwort bei der konkreten Planung auch umgesetzt wird und eine vom

motorisierten Verkehr weitestgehend befreite Altstadt nicht nur auf dem Papier besteht, sondern auch in der Realität ankommt.

Reto Schertenleib, **Fraktion SVP**, steht dem ersten Prüfpunkt positiv gegenüber. Dem zweiten Punkt steht die Fraktion etwas kritischer gegenüber. Es wird eingesehen, dass Poller eine Lösung zur Eindämmung des Individualverkehrs in der Fussgängerzone sein könnten. Beim Stadthofplatz erinnert er daran, dass die Kurzparkplätze Bestandteil des Kompromisses betreffend Inbetriebnahme des Schlossbergparkings waren. Es ist heikel, daran im Nachhinein herumzuschrauben. Auch die Frage der Sinnhaftigkeit stellt sich. Den Stadthofplatz vom Individualverkehr zu befreien ist eine Illusion, so lange sie als Zufahrt für eine private Tiefgarage dient. Es ist nicht absehbar, dass sich an diesem Zustand etwas ändern wird. Bei der Erarbeitung des Betriebs- und Gestaltungskonzepts Innenstadt wird man wohl nicht zu einem anderen Schluss kommen, es kann aber durchaus in diesem Rahmen auch geprüft werden. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion glp/EVP/EDU**, findet es eindrücklich, wie viele Menschen zwischen Krebser und Stadthofplatz einen Parkplatz suchen. Dies macht die Stadt unattraktiv. Die Aufhebung gewisser Parkplätze würde helfen. Sonst ist unklar, wie man dem Problem begegnen will. Die Tiefgarage bringt nicht die Frequenzen wie der Suchverkehr. Die Poller können Abhilfe schaffen. Man könnte sie zu gewissen Anlieferungszeiten offenlassen. Die Fraktion ist glücklich über den Vorstoss, auch wenn der Gemeinderat keine vorgezogenen Massnahmen durchführen will. Die Fraktion hofft, dass der Vorstoss der Attraktivierung der Innenstadt die notwendige Priorität verschafft.

Natalie Althaus, **Fraktion Grüne/JG**, teilt mit, dass die Installation von Pollern und die Erweiterung der Fussgängerzone auch für ihre Fraktion von grosser Bedeutung ist. Es macht Sinn, die Forderungen in das BGK einfließen zu lassen. Der Suchverkehr ist mühsam. Die Fraktion stimmt für die Annahme.

Simon Werren, **Fraktion Die Mitte**, führt aus, dass der Stadtrat im Juli einen Kredit für die Erarbeitung des Betriebs- und Gestaltungskonzept für die Innenstadt bewilligt hat. Dieses soll bis Ende nächstes Jahr vorliegen. Es bringt aus Sicht der Fraktion nichts, wenn die Montage von Pollern oder die Aufhebung von Parkplätzen vorgezogen wird. Die Installation von Pollern muss gut überlegt sein, da diese viel kosten. Die Fraktion nimmt das Postulat an und geht davon aus, dass die Punkte im BGK aufgearbeitet werden.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) hat bei diesem Vorstoss das Gefühl, dass der motorisierte Individualverkehr in der Innenstadt komplett verhindert werden soll. Die Postulantinnen und Postulanten vergessen aber die Anliegen von behinderten und alten Menschen. Diese sind darauf angewiesen, möglichst nahe an ihr Ziel zu fahren. Hinzu kommt, dass sich beim Stadthofplatz eine Zufahrt zu einer privaten Tiefgarage befindet, wo eine Zufahrt von drei Metern erforderlich ist. Eine Mitwirkung der interessierten Bevölkerung und eine sinnvolle Koexistenz sind wichtig. Der Gemeinderat soll in Ruhe seine Arbeit machen können. Die FDP nimmt das Postulat an.

Franz Schori, **Fraktion SP**, stellt fest, dass sich in der privaten Tiefgarage Parkplätze von Mitarbeitenden des Krebsers und von Anwohnenden befinden. Es hängt seit längerer Zeit ein grosses Plakat mit dem Hinweis, dass Parkplätze gemietet werden könnten. Das Bedürfnis ist nicht so gross, wie es auch schon einmal gewesen ist. Die Tiefgarage ist im Unterbaurecht in den gleichen Händen wie die Liegenschaft Krebsershaus. Die Eigentümerschaft (Pensionskasse Publica) ist dazu bereit, gemeinsam mit der Stadt den Stadthofplatz neu zu gestalten.

Gemeinderat Konrad Hädener ist froh, dass das Argument des Betriebs- und Gestaltungskonzepts als Voraussetzung für die Prüfung gegriffen hat. In dem Kreditgeschäft war ein Aspekt die Partizipation. In diesem Rahmen haben die politischen Parteien die Möglichkeit, sich einzubringen. Es wäre nicht empfehlenswert, wenn mit Einzelmassnahmen vorgegangen wird.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

130. Postulat P 26/2022 betreffend Veloführung bei Strassenbaustellen

Fraktionen Grüne/JG und SP vom 1. September 2022; Beantwortung

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, ist über die Antwort des Gemeinderates nicht sonderlich erfreut. Demgemäss habe der Fahrradverkehr seit Jahren zugenommen. Gemäss dem Gesamtverkehrskonzept war der Fahrradverkehr zwischen 2015 und 2005 aber rückläufig. Es ist unklar, worauf der Gemeinderat die Aussage stützt, dass der Fahrradverkehr seit Jahren zunimmt. Die Fraktion fordert einen städtischen Leitfaden für Baustellen, da Fahrräder bei Baustellen oft vergessen gehen. Die Unterführung Frutigstrasse ist ein aktuelles Beispiel. Sie glaubt nicht, dass dort die beste Variante ausgewählt worden ist. Auch mit Kommunikation kann viel erreicht werden. Es erstaunt, dass der Gemeinderat der Ansicht ist, dass ein Leitfaden nicht notwendig ist. Auch in anderen Städten gibt es solche Leitfäden. Ein solcher löst nicht alle Probleme, ist aber ein starkes Planungsinstrument. Wenn eine freie Wahl des Verkehrsmittels ermöglicht werden soll, muss man sichere und schnelle Routen haben, um von A nach B zu kommen. Die Fraktion wird am Prüfantrag festhalten und stellt den Antrag auf Annahme. Sie bittet um ein Zeichen, damit der Fahrradverkehr sicherer, attraktiver und komfortabler wird. Ein Leitfaden ist ein verhältnismässiger Aufwand.

Reto Schertenleib, **Fraktion SVP**, findet es selbsterklärend, dass eine Umleitung auch für die Fahrrad-fahrenden gilt. Er hat den Eindruck, dass der Gesamtverkehr zugenommen hat, auch die Fahrrad-fahrenden. Das Tiefbauamt handelt nicht nach freiem Ermessen, sondern nach klaren Richtlinien. Baustellen sind immer mit Hindernissen verbunden. Dies alleine kann nicht mit Fahrradförderung gleichgesetzt werden oder nicht. Man soll nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten. Ein zusätzlicher Leitfaden würde an den Tatsachen nichts ändern. Es ist nur eine Zusammenfassung der geltenden Regelungen. Damit wird nichts gewonnen und die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Adrian Christen, **Fraktion SP**, hat der Antwort des Gemeinderates drei positive Aspekte entnommen. Erstens soll bei Baustellen das Fahren mit dem Fahrrad in beide Richtungen möglich sein. Zweitens sollen in Zukunft weitere Verbände wie «Pro Velo» beigezogen werden. Drittens ist die Zunahme des Fahrrad-verkehrs politisch gewünscht und wird gezielt gefördert. Die Fraktion ist der Ansicht, dass hier noch mehr gemacht werden könnte. Mit dem Fazit des Gemeinderates betreffend Leitfaden ist die Fraktion aber nicht einverstanden. Ein solcher ist zielführend. Es geht auch um die Information. Dies gibt Sicherheit und fördert die Akzeptanz. Ein Leitfaden wäre ein Gewinn und könnte dem Tiefbauamt neue Möglichkeiten aufzeigen, Effizienz und Gleichbehandlung der Baustellen fördern. Die Fraktion unterstützt das Postulat.

Simon Werren, **Fraktion Die Mitte**, führt aus, dass die Fraktion keinen Leitfaden will. Dies bringt keinen Mehrwert. Bei Baustellen können aber neue Massnahmen getroffen werden. Schlussendlich sind die Fakten im Stadtratsbericht klar. Die Fraktion folgt dem Gemeinderat und lehnt das Postulat ab.

Franziska Eggenberg, **Fraktion glp/EVP/EDU**, ist der Ansicht, dass Fussgängerinnen und Fussgänger bei Umleitungen zeitlich den grössten Mehraufwand auf sich nehmen müssen. Diese haben bei der Planung von Baustellen Vorrang. Ein Leitfaden kann bei gewissen Baustellen hilfreich sein, gerade betreffend Signalisation. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Claude Schlapbach (FDP) führt aus, dass die FDP dem Antrag des Gemeinderates folgt. Der Verwaltung kann der Aufwand für die Erstellung eines Leitfadens erspart werden.

Valentin Borter (SVP) findet es störend, dass einige Menschen das Gefühl haben, sämtliche Meinungen gewisser Gruppierungen unter sich zu vereinen. Auch er fährt häufig Fahrrad.

Gemeinderat Konrad Hädener gibt Stadträtin Marbach recht, dass sich die Anfangsaussage, dass es mehr Fahrradverkehr gibt, schwer belegen lässt. Er weist die Unterstellung von sich, dass der Fahrradverkehr vergessen wird. Einig sind sich alle, dass das Potential für mehr Fahrradverkehr in Thun gross ist. Es ist gut, wenn Menschen mit gutem Beispiel vorausgehen. Die Tendenz von einigen überzeugten Fahrradfahrenden ist, über das Ziel hinauszuschiessen und moralisierend zu wirken. Man hat den Anschein, dass wenn öffentliche Bauherrinnen es nicht schaffen, eine anständige Route zu offerieren, das Recht in die eigenen Hände genommen wird. Es wird beinahe ein Märtyrertum gelebt. Er hat grosse Zweifel, dass ein Leitfaden für dieses Publikum etwas ändern wird. Das Tiefbauamt der Stadt Bern hat viele Leitfäden. Es ist zu aufwendig, einen solchen Leitfaden aktuell zu halten. Aufgrund der Ressourcen hat die Stadt Thun nicht zahlreiche solche Leitfäden. Der Verzicht auf den Leitfaden ist kein Defizit.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, hätte sich noch nie als Märtyrerin verstanden. Sie will nicht moralisieren. Lieber möchte sie zeigen, dass etwas gefehlt hat bei gewissen Baustellen. Es gibt Situationen, bei welchen es keine guten baulichen Lösungen gibt. Es geht aber auch um eine gute Signalisation. Dies führt eher dazu, dass Massnahmen angenommen werden und die betroffenen Menschen sich ernstgenommen fühlen. Es geht beim Leitfaden nicht nur um eine Zusammenstellung, sondern um ein Kondensat und soll zu einem einheitlichen Bild führen. Sie hält am Antrag auf Annahme fest.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 21 : 15 Stimmen als erheblich.

133. Interpellation I 10/2022 betreffend Schlossbergparking

Thomas Rosenberg (Grüne) vom 7. Juli 2022; Beantwortung

Thomas Rosenberg (Grüne) ist von der Beantwortung befriedigt und führt aus, dass keine Diskussion gewünscht wird.

134. Interpellation I 12/2022 betreffend Koordination und Beschleunigung von Bautätigkeiten auf Kantonsstrassen im Stadtgebiet Thun

Mark van Wijk (FDP) und Barbara Lehmann Rickli (FDP) vom 1. September 2022; Beantwortung

Markus van Wijk (FDP) ist mit der Antwort der Stadt zufrieden, aber nicht mit der Antwort des Kreisoberingenieurs. Es wird keine Diskussion gewünscht.

Mitteilungen

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller liest das Abschiedsschreiben von Stadtratsmitglied Alwin Hostettler vor.

Der Stadtratspräsident verabschiedet die Gemeinderatsmitglieder Peter Siegenthaler und Konrad Hädener mit persönlichen Worten. Er verabschiedet sich zudem mit einigen Abschiedsworten von seinem Amt als Stadtratspräsident und dankt dem Stadtratssekretär Christoph Stalder, dem Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller und dem ganzen Team der Stadtkanzlei für die stets gute und grosse Unterstützung in seinem Präsidialjahr.

Der Stadtratspräsident



Martin Allemann

Der Stadtschreiber



Bruno Huwyler Müller